



NEWSLETTER

Der Wochenüberblick vom Samstag für Schweinehalter

23.09.2023

Wieder einmal besprechen die Agrarminister des Bundes und der Länder diese Woche, wie es weitergehen soll mit dem Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland. Dass das Konzept, welches die Borchert-Kommission ausgearbeitet hat, noch umgesetzt wird, daran glaubt mittlerweile nicht einmal mehr das Gremium selbst. Was bleibt zu tun?

Ein Vorschlag: Glauben Sie noch an den erfolgreichen, politikgesteuerten Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland? Wenn ja, dann herzlichen Glückwunsch! Daran weiter zu glauben, ist heutzutage nicht gerade leicht. Mit der Sonder-Agrarministerkonferenz (AMK) im Mai stand eigentlich bereits fest, dass in dieser Legislaturperiode kein wesentlicher Durchbruch zum Umbau der Nutztierhaltung mehr zu erwarten war.

Das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, die sogenannte „Borchert-Kommission“ hat im August dieses Jahres aus Frust darüber, dass es noch immer keine Einigung in der Bundesregierung über die Finanzierung der Umbau-Pläne gibt, die Arbeit eingestellt. [...]

Glaubte noch jemand, dass eine Tierwohl-Prämie kommt?: Eine Befragung der agrarheute-Nutzerinnen und Nutzer („Umfrage: Was halten Sie vom Aus der Borchert-Kommission?“) kurz nach dem Ende der Borchert-Kommission hat gezeigt: Knapp 50% der gut 1100 Antwortenden glaubte im August 2023 schon nicht mehr daran, dass die Bundesregierung eine Tierwohlprämie einführen würde. Kein Wunder: Der Hickhack ums Geld zieht sich bereits über die gesamte Amtszeit von Cem Özdemir. Doch statt sich nun zu ärgern oder gar zu verzweifeln, sollte man sich erinnern, was das Besondere an der Borchert-Kommission war.

Worin lag die Stärke der Borchert-Kommission?: Die Borchert-Kommission hat ein Konzept für den Umbau der Nutztierhaltung erarbeitet, an dem Vertreterinnen und Vertreter aller Stakeholder beteiligt waren: von Wirtschaft und Wissenschaft über die Länder bis hin zu einem wichtigen Umweltverband. Das Meisterstück zu diesem übergreifenden Arbeiten hat einige Zeit nach Borchert die Zukunftskommission Landwirtschaft geschafft: Sie hat einen noch breiteren Konsens aufgebaut – zwischen noch mehr Akteuren, die bis dahin teilweise kaum miteinander geredet hatten. Die Lehre aus diesen Erfahrungen sollte sein: Reden hilft, gerade über verschiedene Lager hinweg.

Wie weiter mit den Empfehlungen der Borchert-Kommission?: Wenn die Empfehlungen der Borchert-Kommission auf bundesdeutscher Ebene nicht umzusetzen waren, dann sollte man versuchen, sie auf die europäische Ebene zu heben. Nationale Alleingänge beim Tierwohl sind seit jeher der Schrecken der Landwirte in der EU. Die Lösung muss also sein: Eine neue Borchert-Kommission, auf Ebene der Europäischen Kommission muss her. So ein Gremium müsste nicht bei Null anfangen, denn den deutschen Bericht gibt es ja bereits. Wenn auch hier Beteiligte aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verbraucherverbänden, Umweltschutz und Tierschutz einbezogen werden, kann ein Durchbruch gelingen. Die Zeit ist reif dafür.

Eine „europäische“ Borchert-Kommission schaffen: Bislang gibt es auf EU-Ebene noch kein Gremium, das wie die Borchert-Kommission Empfehlungen zum Umbau der Nutztierhaltung machen kann. Beratende Organe gibt es viele, doch in diesem Fall braucht es mehr: Ein neues Gremium, das überparteilich und institutionenübergreifend aufgestellt wird, und dessen Empfehlungen die EU-Kommission verspricht, in jedem Fall zu einem Gesetzesvorschlag zu machen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat, ohne allzu konkret zu werden, einen solchen Dialog zur Gemeinsamen Agrarpolitik bereits. Hier sollte die Landwirtschaft sie beim Wort nehmen. Auch die Bundesregierung könnte einen solchen europäischen Dialog forcieren. Ein neuer, EU-weiter Kompromiss, würde zwar noch dauern. Aber besser als jetzt zu verzagen und Schuldige zu suchen, ist es allemal.

Quelle: agrarheute.com

Was Landwirte zur Rückzahlung von Corona-Hilfen wissen sollten, 19.09.2023

Landwirtschaftliche Betriebe, die während der Corona-Pandemie eine Überbrückungshilfe oder Härtefallhilfe erhalten haben, müssen bis zum 31. Oktober 2023 ihre Schlussabrechnung einreichen. Im Einzelfall kann eine Verlängerung der Schlussabrechnung bis zum 31. März 2024 beantragt werden. Die Verlängerung muss aber unbedingt vor dem 31. Oktober beantragt werden.

Wer Corona-Hilfen erhalten hat und keine Schlussabrechnung einreicht, muss die Hilfe vollständig zurückzahlen. Für viele Landwirte geht es bei der finalen Abrechnung um mehrere zehntausend Euro. Schweinehalter beantragten Hunderte Millionen Euro Corona-Hilfen: Vor allem Schweine- und Sauenhalter haben die Überbrückungshilfen I bis IV sowie die November- und Dezember-Hilfe während der Corona-Jahre beantragt. Dabei hatten Bund und Länder lange darüber gestritten, ob die Umsatzeinbußen der Tierhalter auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind oder eher auf den Einbruch der Schweinepreise infolge der Afrikanischen Schweinepest (ASP), Stichwort „Schweinestau“.

Erst im März 2022 verständigten sich die Länder mit dem Bundesfinanzministerium auf Bewilligungskriterien. Insgesamt wurden allein in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mehr als 200 Millionen Euro an Überbrückungshilfen und fast 400 Millionen Euro Härtefallhilfen für Schweinehalter bewilligt.

Corona-Hilfen wurden auf der Basis von Schätzungen beantragt: Die Corona-Hilfen wurden häufig auf der Basis von Umsatz-schätzungen und Fixkosten an die betroffenen Unternehmen ausbezahlt. Daher stehen die Hilfen unter dem Vorbehalt der Rückforderung, wenn die tatsächlichen Einbußen geringer ausfielen, als erwartet oder die Förderbedingungen in anderer Weise nicht erfüllt wurden. Aus der Schlussabrechnung ergibt sich die Höhe einer etwaigen Rückzahlung.

„Über drei Jahre nach dem Start der Überbrückungshilfe I steht bei vielen nach wie vor krisengebeutelten Unternehmen die Überprüfung und mögliche Rückzahlung von gewährten Hilfen an“, sagt Stefan Schwindl, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater bei der MTG Wirtschaftskanzlei.

Aussitzen oder Trödeln kann für Landwirte sehr teuer werden: Die Schlussabrechnung muss über das Online-Portal „ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de“ eingereicht werden. Die Abgabe muss zwingend durch einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer erfolgen. Nur diese prüfenden Dritten sind es auch, die eine Fristverlängerung bis Ende März 2024 beantragen können.

Aussitzen ist übrigens keine Lösung. Wer keine Schlussabrechnung abgibt oder die Frist nicht einhält, muss die Hilfen in voller Höhe zurückzahlen. „Über die Angaben in der Schlussabrechnung können die Unternehmen eine Rückzahlungspflicht entweder ganz vermeiden oder zumindest die Höhe der Rückzahlung reduzieren, wenn sie Hilfen erhalten haben, aber insoweit nicht bezugsberechtigt waren“, sagt Rechtsanwältin Dr. Elske Fehl-Weileder von der Kanzlei Schultze & Braun.

Quelle: agrarheute.com

ASP-Sperrzonen im Südwesten nicht mehr nötig, im Osten vergrößert, 21.09.2023

Trotz jüngster Entwarnung im Landkreis Ludwigslust-Parchim besteht vor allem im Osten Mecklenburg-Vorpommerns weiter Gefahr durch die Afrikanische Schweinepest (ASP). Wie ein Sprecher des Landkreises Vorpommern-Greifswald am Mittwoch bestätigte, wurde erst kürzlich eine an der Grenze zu Polen eingerichtete Pufferzone weiter nach Norden ausgeweitet. Grund seien neuerliche Fälle auf polnischer Seite. Vor wenigen Tagen hatten die Verantwortlichen bekannt gegeben, dass die verbleibenden Sperrzonen in Ludwigslust-Parchim aufgehoben werden können.

Bei der Pufferzone im äußersten Osten des Bundeslandes handelt es sich laut Landkreis um eine Art Beobachtungsgebiet - eine sogenannte Sperrzone 1. Hier muss etwa verendetes Schwarzwild umgehend gemeldet werden. Auch gibt es zusätzliche Zäune. Zusätzliche Maßnahmen für Schweinehaltungen gebe es hingegen nicht. Strengere Maßnahmen wären demnach etwa in Sperrzonen der Stufe 2 und 3 vorgesehen. Die Pufferzone besteht bereits seit Herbst 2021 und wurde mehrfach angepasst. Der Streifen reicht im Süden bis an die brandenburgische Grenze und im Norden nach der neuesten Änderung bis in die Gemeinde Luckow. Nach Angaben des Schweriner Landwirtschaftsministerium gibt es derzeit keine weiteren Sperrzonen in MV, die aufgrund von ASP-Nachweisen eingerichtet werden mussten. Die Sperrzonen in Ludwigslust-Parchim waren im November 2021 aufgrund von ASP-Nachweisen bei Wildschweinen festgelegt worden und können nun knapp ein Jahr nach dem letzten Nachweis aufgehoben werden.

Quelle: proplanta.de

Wie Nutztierhaltung und Nachhaltigkeit zusammenpassen, 21.09.2023

Herstellern tierischer Produkte wie Tönnies und Schwarzwaldmilch wird regelmäßig vorgeworfen, die globale Erwärmung anzuheizen. Der Fleischkonzern und die Molkerei halten dagegen. Die Nutztierhaltung, speziell zur Herstellung von Fleisch und Milchprodukten, steht unter großem Rechtfertigungsdruck. Dass vor allem Rinder und Schweine Klima, Umwelt und Boden verpesteten, gehört zu den Hauptvorwürfen. Allerdings müssen sich Nutztierhaltung und Nachhaltigkeit nicht zwingend ausschließen, findet man bei Tönnies und Schwarzwaldmilch.

Weltweit komplett auf die Nutztierhaltung zu verzichten, mache keinen Sinn, sagt Gereon Schulze Althoff beim LZ Strategietag Verpackung & Nachhaltigkeit. Er ist Chief Sustainability Officer und Mitglied der Geschäftsleitung bei Tönnies. Zum einen, so Schulze Althoff, müssten Menschen ihren Eiweißbedarf decken können. Das gehe wegen der höheren Bioverfügbarkeit über tierische Produkte einfacher und besser als über pflanzliche. Zum anderen verweist er auf die Biomasse, die unter anderem bei der Lebensmittelproduktion anfällt, für den Menschen aber nicht verwertbar ist. Dazu zählen Pflanzen, die im Rahmen der Fruchtfolge angebaut werden, aber keine Lebensmittelpflanzen sind. Dazu zählt aber auch das übrigbleibende Blattgrün beim Gemüseanbau oder der Weizen, der zu Nass geworden ist und nicht mehr zu Brot verarbeitet werden kann. „Eine Win-Win-Situation ist immer dann gegeben, wenn ich die Biomasse als Tierfutter verwende.“

Tönnies versteht Nutztiere als wichtigen Teil im Kreislauf: Tönnies will "zirkulärer" denken und Nutztiere und tierische Produkte als wichtigen Teil im Kreislauf verstanden wissen. Schweine seien als Allesfresser "optimale Verwerter der Nebenströme", wie Schulze Althoff es nennt. Die Rinderhaltung wiederum bewirke, dass Weiden, auf denen sowieso kein Ackerbau möglich sei, als Raum für Biodiversität und CO₂-Bindung erhalten blieben, anstatt zu verbuschen.

Der Konzern nennt das die "neue Balance": Wo immer möglich, müssten Lebensmittelpflanzen Vorrang haben. Das gelte aber auch für die vom Menschen nicht-verwertbare Biomasse für Nutztiere.

Umfrage: Ein Drittel der Sauenhalter will aussteigen, 21.09.2023

Fast ein Drittel der Sauenhalter plant den Ausstieg in den nächsten fünf bis zehn Jahren. Ein weiteres Drittel ist noch unentschieden. Das ist das Kernergebnis einer Umfrage der ISN-Interessengemeinschaft. Vom 15. August bis zum 10. September 2023 gaben insgesamt 492 Schweinehalter ihr Votum ab. Unter den auswertbaren Teilnehmern waren 48 reine Sauenhalter, 194 Kombibetriebe, 247 Mastbetriebe und drei Ferkelaufzüchter.

Sollten auch die unentschiedenen Betriebe ihre Sauen abschaffen, wären fast 66% der Ferkelerzeugerbetriebe in Zukunft verschwunden! Bei den Mästern sind sich nur 44% aller Betriebsleiter sicher, weiterzumachen.

Sauenhalter müssen bis 2036 teure Umbaumaßnahmen im Deck- und Abferkelstall stemmen. Zwar gaben 58% der Befragten an, den Umbau des Deckstalles zu planen. Wie viele am Ende aber tatsächlich bauen, ist ungewiss. Der größere Knackpunkt ist der Abferkelstall. Drei Viertel wollen deshalb aussteigen oder sind unschlüssig.

Nicht nur die Industrie sucht händeringend Personal. Auch die Schweinehalter haben große Schwierigkeiten, Mitarbeiter zu finden. Die große Sorge der Landwirte ist, dass sich die Situation weiter zuspitzt, da die Ansprüche an Mitarbeiter immer weiter steigen.

Bei der Frage, welche Faktoren die Betriebsentwicklung derzeit am stärksten beeinflussen, nennen fast alle Betriebe (97%) die politischen Regulierungen. Auf Platz zwei folgt mit über 82% die Bürokratie. Der zunehmende Arbeitskräftemangel bereitet über 34% der Umfrageteilnehmer Sorge. Die Vermarktungsoptionen sind nur für 12,6% der Schweinehalter ein maßgeblicher Faktor Entwicklung ihres Betriebes.

Quelle: susonline.de

DBV-Präsidiumserklärung zur Zukunft der Tierhaltung, 22.09.2023

Anlässlich der anhaltend herausfordernden wirtschaftlichen Situation der tierhaltenden Betriebe sowie der kürzlich seitens der Borchert-Kommission bekanntgegebenen Einstellung des Dialognetzwerks hat der Deutsche Bauernverband (DBV) eine Präsidiumserklärung zur Zukunft der Tierhaltung „Weiterentwicklung statt Abbau“ verabschiedet. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, betont die Bereitschaft der Betriebe zu einer Weiterentwicklung der Tierhaltung hin zu noch mehr Tierwohl: „Unsere Landwirte sind offen für Veränderungen. Gleichzeitig erwarten sie dabei aber Planbarkeit und Verlässlichkeit seitens der Politik. Die Nutztierhaltung stellt ein essenzielles Standbein unserer heimischen Landwirtschaft dar und ist für die ländlichen Räume von enormer Bedeutung. Allein dies gebietet einen Umbau der Tierhaltung mit Augenmaß und unter der Maßgabe, dass dem Erhalt der heimischen Tierhaltung Priorität eingeräumt wird. Einzig das Kompetenznetzwerk Tierhaltung hat in diesem Sinne eine pragmatische und zugleich zukunftsorientierte Strategie entwickelt, die wir als DBV von Beginn an mitgetragen haben. Dass die Politik die Vorschläge nur ansatzweise umsetzt, ist eine vertane Chance für eine zukunftsfeste, heimische Nutztierhaltung. Die Bundesregierung ist aufgefordert, jetzt alles dafür zu tun, den gesellschaftlich gewünschten Umbau der Tierhaltung voranzubringen und eine weitere Verlagerung der Erzeugung ins Ausland zu verhindern. Es gilt, zügig die passenden politischen Rahmenbedingungen zu setzen – wir arbeiten gegen die Zeit.“

In der Erklärung beschreibt der Deutsche Bauernverband konkrete Schritte, die einen erfolgreichen Umbau der Tierhaltung ermöglichen und stellt Forderungen an die Bundesregierung sowie die Marktakteure.

Quelle: bauernverband.de

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir hat für breite Unterstützung beim Wandel zu mehr Tierschutz in den Ställen geworben. „Mit der Weiterentwicklung der Tierhaltung wollen wir das Höfesterben beenden und dafür sorgen, dass "Made in Germany" auch künftig für gutes Fleisch aus Deutschland steht", sagte der Grünen-Politiker der Deutschen Presse-Agentur anlässlich der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern am Donnerstag in Kiel. "Das ist ein Kraftakt, der uns nur gemeinsam gelingen kann." Um die Tierhaltung zu stärken, lade er alle ein, ihre Parteibrille endlich abzusetzen und mitzuarbeiten. Die Betriebe wollten Planungssicherheit und benötigen finanzielle Unterstützung.

Cem Özdemir führte aus: "Wir setzen den Rahmen, damit unsere Landwirtinnen und Landwirte ihre Tierhaltung weiterentwickeln können und geben ihnen damit wieder eine wirtschaftliche Perspektive." Dabei gelte: "Wir wollen weniger Tiere besser halten. Damit antworten wir auch auf die gesellschaftlichen Veränderungen, wo immer weniger Fleisch gegessen wird – mit Blick Tierwohl, auf Klima und Umwelt."

Kleine Anschub-Finanzierung: Tierhalter sollen für den Umbau von Ställen und laufende Mehrkosten wegen höherer Haltungsstandards eine gesicherte Förderung bekommen. Die Ampel-Koalition hat vorerst einen Anschub von einer Milliarde Euro bis 2026 für die Schweinehaltung beschlossen, ringt aber seit Monaten um eine weitergehende dauerhafte Finanzierung. Beim Fleischkauf im Supermarkt soll künftig auch ein staatliches Logo die Form der Tierhaltung anzeigen. Starten soll die Pflichtkennzeichnung für inländische Erzeugnisse zunächst mit Schweinefleisch im Handel. Seit längerem gibt es schon eine Kennzeichnung der Supermarktketten.

Stall-Milliarde reicht nicht: Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Werner Schwarz sagte dem "Tagesspiegel", die vom Bund angekündigte Stall-Milliarde werde nicht ausreichen. Nach seinen Worten benötigen die Landwirte "ein Gesamtkonzept aus Tierhaltungskennzeichnung, das auf alle Tierarten und auf die gesamte Warenkette ausgerichtet ist, eine langfristige Finanzierung sowie Anpassung von Naturschutz-, Immissionsschutz- und Baurecht". Andernfalls drohe eine Verlagerung der Erzeugung und Verarbeitung von tierischen Lebensmitteln ins Ausland, warnte der CDU-Politiker.

Tierhaltung in der Krise: Özdemir sagte: "Die deutsche Tierhaltung befindet sich seit vielen Jahren in einer tiefen Krise." Das Prinzip "Wachse oder weiche" habe zu einem beispiellosen Höfesterben geführt. Die Zahl der Betriebe mit Schweinehaltung habe sich von 2010 bis 2020 bei etwa gleichbleibenden Tierzahlen fast halbiert. Die vorige unionsgeführte Bundesregierung habe aber die Hände in den Schoss gelegt, obwohl sprudelnde Steuereinnahmen und eine niedrige Inflation viele Handlungsoptionen zugelassen hätten. "Wir handeln jetzt, anstatt zu quatschen."

Quelle: fleischwirtschaft.de

Marktbericht



In den Ländern der Europäischen Union hat sich der Schlachtschweinemarkt in der vergangenen Woche mehrheitlich ausgeglichen gezeigt. Das Lebendangebot lag weiterhin klar unter dem Vorjahresniveau, doch reichte es bei eher verhaltener Fleischnachfrage für den Bedarf der Schlachter aus. Die Folge waren überwiegend unveränderte Schlachtschweinenotierungen.

In Deutschland ließ die Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Fleisch ihren Leitpreis bei 2,30 Euro/kg Schlachtgewicht (SG) stehen; die Schlachtunternehmen hatten zuvor erneut eine Korrektur nach unten gefordert. Im Norden war laut Analysten das Schweineangebot gut ausreichend, im Süden war es knapper verfügbar. Der Absatz von Schweinefleisch im Inland nahm etwas zu, von einer schwungvollen Nachfrage konnte aber nicht gesprochen werden. Die Verkaufspreise für Teilstücke lagen meist auf dem Vorwochenniveau. In Österreich ließ der Verband landwirtschaftlicher Veredlungsproduzenten (VLV) seine Leitnotierung für Schlachtschweine mit 2,37 Euro/kg SG auf einem ausgeglichenen Markt ebenfalls stabil.

In Belgien fiel das Lebendangebot zuletzt größer aus; der negative Abstand zum Vorjahr hat sich auf rund 3% verringert. Die Wirkung des zu Jahresbeginn umfangreichen Ferkelexports nach Spanien mit anschließender Verknappung des heimischen Mastschweineangebots werde nun weniger spürbar, hieß es in Belgien. Die dortigen Schlachtunternehmen zahlen unveränderte Preise. Auch in Frankreich und den Niederlanden blieben die Schlachtschweinenotierungen zuletzt stabil.

Abschläge in Spanien und Dänemark: Es gab jedoch auch EU-Staaten, wo die Schlachtschweinepreise weiter fielen. So kürzte Danish Crown (DC) seine Auszahlungsleistung um umgerechnet 2,7 Cent auf einen Basispreis von 1,70 Euro/kg /SG. Zwar berichtete das Unternehmen, dass die Schweinefleischpreise in Europa Anzeichen einer Stabilisierung zeigten. Die erwartete Belegung des Verbrauchs sei nach den Sommerferien bisher aber kaum spürbar. Zudem seien die Exporte in Drittländern nach wie vor gering.

Auch in Spanien setzte sich der Preisverfall fort; die Schlachtschweinenotierung am Mercolleida gab um 2,5 Cent auf 1,858 Euro/kg Lebendgewicht (LG) nach. Ein Grund hierfür war die erstmalige Zunahme der Schlachtgewichte nach dem heißen Sommer um gut 600 g, was aus Sicht der Schlachtbetriebe die saisonale Trendwende mit einem zunehmenden Lebendangebot einleitet. Die verfügbare Menge an Schweinen blieb jedoch begrenzt.

Langsam beginnen die spanischen Schlachtunternehmen wieder auf eine Woche mit fünf Schlachttagen umzustellen, agieren dabei aber vorsichtig, um den Preisverfall am Lebendmarkt nicht zu stoppen. In Italien zog - etwas überraschend - der Leitpreis für Schlachtschweine um 1,3 Cent/kg LG an. Zwar herrscht weiter Unsicherheit wegen der ASP im wichtigen Produktionsgebiet der Lombardei, doch wurde positiv gewertet, dass die Fälle auf die Provinz Pavia beschränkt blieben.

EU-Preis unter 2,30 Euro je Kilogramm: Bezogen auf die gesamte EU hatten die Schlachtschweinepreise in der Woche zum 10. September weiter nachgegeben. Laut Kommission wurden Tiere der Handelsklasse E im Mittel aller Mitgliedstaaten mit 229,23 Euro/100 kg SG abgerechnet; das waren 2,01 Euro oder 0,9% weniger als in der Vorwoche. Hierzu trugen die Schlachtunternehmen in Frankreich und Spanien wesentlich bei, die ihre Auszahlungsleistung um 2,3% beziehungsweise 1,8% kürzten.

Zu Preisabschlägen zwischen 1,2% und 1,7% kam es in Portugal, Rumänien, Österreich und Belgien. Moderater fiel das Minus mit 0,4% bis 0,6% in Dänemark, Tschechien, Polen und den Niederlanden aus. In Deutschland, Luxemburg und Irland blieben die Schlachtschweinepreise unverändert. Die vier EU-Länder, in denen sich die Mäster über einen Anstieg der Auszahlungspreise zwischen 0,7% und 1,6% freuen konnten, waren Estland, Slowenien, die Slowakei und Lettland.

Quelle: proplanta.de

VEZG muss Druck nachgeben, 21.09.2023

Die VEZG hatte sich lange gegen eine Absenkung der Notierung gestellt, doch in der laufenden Woche musste man dem Druck der Schlachter nachgeben und den Preis um 5 Cent auf nun 2,25 €/IDX herabsetzen. Die Ursachen dafür liegen nicht im Lebendmarkt. Das Angebot an schlachtreifen Tieren fällt nach wie vor nicht zu groß aus und fließt relativ geräuschlos ab. Das belegen auch die höchstens marginalen Verschiebungen bei den Schlachtgewichten in den letzten Wochen.

Probleme bereitet seit Monaten der Fleischmarkt. In den europäischen Staaten bleibt die Nachfrage hinter den Erwartungen zurück. Auch der sonnige September konnte hier keine entscheidenden Impulse setzen und die wohl letzten Grillfleisch-Werbeaktionen in diesem Jahr brachten nicht mehr die erhofften Umsätze. In einer Marktanalyse vom deutschen Branchen-primus Tönnies ist die Rede davon, dass zusätzlich zur verhaltenen Vertriebssituation bei den Edelteilen auch die Verkaufspreise für Abschnitte und Nebenprodukte wie Knochen, Fette, Schwarten und Leber sinken. Auf diese Marktsituation hätten in der letzten Woche bereits Spanien, Dänemark und Polen reagiert und die Schweinepreise reduziert, heißt es weiter.

Neben dem innereuropäischen Geschäft schwächelt zudem der Drittlandexport. Hier müssen sich die EU-Exporteure mit der Billigkonkurrenz z. B. aus Brasilien messen. Angesichts der für den Weltmarkt vergleichsweise hohen Erzeugerpreise in den EU-Ländern ein schwieriges Unterfangen, so die einhellige Meinung der Schlachtkonzerne.

Um ihrer Forderung nach einer Preiskorrektur Nachdruck zu verleihen, drosselten sogar einige Abnehmer auf der Roten Seite ihre Schlachtungen. Das hängt auch damit zusammen, dass die Fleischverarbeiter die Marktaussichten für die kommenden Wochen eher als trüb einschätzen und sie bei diesem Preisniveau auch ungerne Ware einfrieren.

Quelle: susonline.de

Spanier stocken Ferkelproduktion kräftig auf, 22.09.2023

Nachdem die spanischen Sauenhalter längere Zeit mit Gesundheitsproblemen in den Sauenbeständen zu kämpfen hatten, wurde der spanische Schweinebestand wieder ordentlich aufgestockt, insbesondere die Ferkelproduktion. Die spanische Schweineerzeugung scheint sich von den Gesundheitsproblemen mit dem Porcine Reproductive and Respiratory Syndrome (PRRS) im Sauenbestand, die über längere Zeit zu Saugferkelverlusten und Leistungseinbußen bei den Sauen geführt hatten, derzeit wieder zu erholen.

Spaniens Schweinebestand auf Rekordhoch gestiegen: Wie Agra Europe berichtet, hat das Wachstum des spanischen Schweinebestands nämlich wieder an Fahrt aufgenommen, insbesondere durch eine Aufstockung in der Ferkelproduktion. Das zeigen aktuelle Zahlen des Mercolleida. Demnach wuchs der spanische Gesamtbestand an Schweinen in den zwölf Monaten bis Anfang Mai 2023 um 4,0% auf den neuen Rekordumfang von 33,86 Millionen Tiere an.

Ferkel VEZG

25 kg Notierung / 200er Gruppe

Aktuelle Woche: 77,50 EUR

(25.09.23 – 01.10.23)

Vorwoche: 80,00 EUR

Mastschweine VEZG

Basispreis je kg SG

Aktuelle Woche: 2,25 EUR

(20.09.2023)

Vorwoche: 2,30 EUR

Dieser Newsletter wurde in Zusammenarbeit erstellt von:

Tierärzte Wonsees GmbH
Kulmbacher Str. 17
96197 Wonsees
www.tieraerzte-wonsees.de

Serviceteam Alsfeld
An der Hessenhalle 1
36304 Alsfeld
www.sta-alsfeld.de

